Das Scheitern des Mitte-Links-Projekts in Europa

Autor(en): **Dräger, Klaus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 43

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652278

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Klaus Dräger

Das Scheitern des Mitte-Links-Projekts in Europa

Das „neue sozialdemokratische Zeitalter" in Europa währte nur kurz. Es begann etwa 1996 mit dem Regierungswechsel von Berlusconi zu Romano Prodis Mitte-Links-Bündnis *Ulivo*. Es endete mit dem Wahlsieg von Chiracs Bürgerblock *UMP* im Juni 2002. Das Comeback der Sozialdemokratie in Europa symbolisierten zunächst die Wahlsiege von Tony Blair in Großbritannien und Lionel Jospin in Frankreich 1997. Mit dem Abgang Helmut Kohls in Deutschland im September 1998 erreichte die Mitte-Links-Hegemonie in der EU einen bislang beispiellosen Zenith: in 13 von 15 EU-Mitgliedstaaten regierten die Sozialdemokraten nun mit. Selten hatte es für die Sozialdemokratie und ihre Bündnispartner günstigere Ausgangsbedingungen gegeben, gleichzeitig auf nationaler wie auf EU-Ebene Veränderungen entlang einer gemeinsamen Strategie voranzutreiben.

Die Richtungsentscheidung über den *europäischen* Kurs von Mitte-Links fiel 1999. Als neuer deutscher Finanzminister attackierte Oskar Lafontaine öffentlich die zurückhaltende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Er warb für eine nachfrage- und binnenwirtschaftsorientierte makroökonomische Strategie und eine neue internationale Finanzarchitektur mit Wechselkurszielzonen zwischen Dollar, Euro und Yen. Als erstes wollte er eine neue deutsch-französische Achse für eine eurokeynesianische Wirtschaftspolitik schmieden.

Lafontaines Werben scheiterte gleich doppelt. Innerhalb Deutschlands ließen ihn selbst linke Sozialdemokraten, linke Grüne und Gewerkschaften in der zentralen Auseinandersetzung über den strategischen wirtschaftspolitischen Kurs des „rot-grünen Projekts" im Regen stehen. Auf europäischer Ebene zeigte auch die französische Regierung gegenüber seinen Vorschlägen vornehme Zurückhaltung, obwohl sie in den Jahren zuvor selbst gegen den Stabilitätspakt und für eine expansivere Wirtschaftspolitik argumentiert hatte. Eine gemeinsame politische Plattform kam nicht zustande. Am 11. März 1999 warf Lafontaine „überraschend" das Handtuch und trat von seinem Amt als deutscher Finanzminister und seiner Funktion als Parteivorsitzender der SPD zurück. In der EU war der Eurokeynesianismus blockiert. Die Mehrheit der Mitte-Links-Regierungen orientierte sich nun zunehmend am neusozialdemokratischen „Dritten Weg" von Blair und Schröder. Auf dem EU-Gipfel von Lissabon im März 2000 wurde eine Strategie zur Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik ausgerufen. Das Ziel: Wir machen Europa zur wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt, mit 3 Prozent Wachstum jährlich und Vollbeschäftigung bis 2010. Wir schaffen eine gerechte Balance zwischen Globalisierung und sozialer Sicherheit.

Bereits im Juli 2002 ist die Mitte-Links-Hegemonie in der EU zerfallen. 9 von 15 EU-Mitgliedstaaten werden wieder von Rechtsparteien regiert. Die erste Irritation bescherte die neue Koalition von ÖVP und FPÖ nach der Nationalratswahl von 1999 in Österreich. Auf den „Tabubruch" der europatreuen Konservativen Wolfgang Schüssels, mit Haiders Rechtspopulisten eine Regierung einzugehen, wurde mit einer selbstgerechten Isolierungspolitik reagiert. Diese hielt erwartungsgemäß nicht lange an. Die Parlamentswahl in Spanien im Jahr 2000 gewann Jose Maria Aznars *Partido Popular* haushoch gegen ein Wahlbündnis von Sozialdemokraten und Postkommunisten. Aznar besiegelte damit zugleich den erfolgreichen Transformations- und Modernisierungsprozess der früheren Franco-Nachfolgepartei *Aleanza Popular* zur „Volkspartei" in den 80er und 90er Jahren.[1] Im Mai 2001 wurde das regierende Mitte-Links-Bündnis *Ulivo* in Italien von Berlusconis Rechtsallianz *Casa delle Liberta* vernichtend geschlagen.

Innerhalb nur eines Jahres ging es dann Schlag auf Schlag. In Dänemark wurde bei der Wahl im November 2001 die rechtsliberale *Venstre* von Anders Fogh Rasmussen stärkste Partei. Sie bildete eine Minderheitskoalition mit der konservativen Volkspartei, die von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei gestützt wird. In Portugal brachen die regierenden Sozialisten bei Kommunalwahlen im Dezember 2001 so stark ein, dass für März 2002 eine vorgezogene Parlamentswahl ausgeschrieben wurde. Diese gewann die konservative *PSD* von José Manuel Barroso, die mit der rechtspopulistischen *Partido Popular* eine neue Regierung bildete. In den Niederlanden verlor die sozialliberale Koalition die Parlamentswahl im Mai 2002 verheerend. Die in kürzester Frist aus dem Boden gestampfte rechtspopulistische *Liste Pim Fortuyn* kam nach dem Attentat auf ihren namensgebenden Führer auf 17 Prozent der Stimmen. Seit Juli 2002 wird das Land von einer Koalition aus Christdemokraten, Rechtsliberalen und Rechtspopulisten geführt. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich (April/Juni 2002) obsiegte schließlich die bürgerliche Rechte unter Chirac.

Europas neuerliche „Modernisierung von rechts" hat den österreichischen Tabubruch inzwischen zur Normalität werden lassen. Die Hälfte der Rechtsregierungen in den EU-Mitgliedstaaten beruht auf Bündnissen bürgerlicher Kräfte mit standortnationalistischen und fremdenfeindlichen Rechtspopulisten. Diese Konstellation wirkt bereits jetzt auf die Mehrheitsverhältnisse im Rat der EU und wird 2004 bei der Neubesetzung der Europäischen Kommission eine Rolle spielen.

Manche sehen in den Wahlergebnissen in Schweden und Deutschland und dem Zusammenbruch der schwarz-blauen Koalition in Österreich bereits die Zeichen eines neuen Aufbruchs zu Mitte-Links. Dass Göran Perssons sozialdemokratische Minderheitsregierung durch eine bürgerliche Koalition abgelöst würde, hatte wohl kein ernstzunehmender Beobachter erwartet. Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne erhielten zusammen mit 52.7 Prozent der Stimmen etwa genauso viel wie 1998, ebenso wie die bürgerlichen Parteien mit zusammen 43.7 Prozent. Kräfteverschiebungen

fanden nur innerhalb der jeweiligen Lager statt – die Sozialdemokraten (39.8 Prozent) gewannen vor allem Stimmen der Linkspartei (8.3 Prozent), und die Liberale Partei (13.3 Prozent) gewann mit einer gebremsten Thematisierung der Ausländerfrage auf Kosten der Konservativen (15.2 Prozent) und Christdemokraten (9.1 Prozent). Eine ernsthafte rechtspopulistische Herausforderung gab es in Schweden nicht.

Dass Rot-Grün in Deutschland sich am Ende knapp behaupten konnte, ist einer Mischung aus Glück und der bemerkenswerten Chuzpe des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zuzuschreiben. Bis zur Hochwasserkatastrophe in Ostdeutschland im Juli 2002 machte die Regierung im Wahlkampf einen konzeptionslosen und getriebenen Eindruck. Selbst die Vorschläge der „Hartz-Kommission" zum radikalen Umbau der Arbeitsmarktpolitik brachten sie nicht aus der Defensive. In den Umfragen lag sie stets gegenüber der bürgerlichen Opposition zurück. Den „Kampf gegen die Flutwelle" und die Hilfe für deren Opfer zu managen, erhielt dann aber die höhere Weihe der Bewältigung eines „nationalen Notstands". Es war schlicht die Stunde der Exekutive. Die Steuersenkungsarien der bürgerlichen Opposition erschienen in diesem Kontext plötzlich deplaziert. Die PDS konnte als „Interessenvertretung Ost" nicht punkten. Rechtspopulistische Gruppen (Schill-Partei etc.) fanden kein geeignetes Thema. Soweit der Faktor „Glück".

Dann attackierte der Kanzler Schröder plötzlich den Kriegskurs von US-Präsident George Bush gegenüber dem Irak. Er schloss eine deutsche Beteiligung an einem Militärschlag selbst dann aus, wenn dieser von der UNO veranlasst würde. Außenminister Joschka Fischer schwenkte mit moderateren Formulierungen auf diese neue Linie ein. Der Faktor „Chuzpe" bewirkte zweierlei: Stoiber konnte diesen Kurs nicht frontal angreifen, weil er selbst unter CDU/CSU-Anhängern mehrheitsfähig war – und in Ostdeutschland war er bestens geeignet, Stimmen von der PDS zu gewinnen, um wenigstens teilweise die erwartbaren Stimmenverluste der SPD in Nordrhein-Westfalen auszugleichen. Diese Rechnung ging nach der Zitterpartie einer langen Wahlnacht schließlich auf und wird Schröders Ruf als genialem Vabanquespieler zu Recht zur Ehre gereichen. Eines fällt allerdings auf: Nachdem die deutsche Sozialdemokratie unter den Stichworten „Dritter Weg" und „Neue Mitte" hart an einer programmatisch ausgewiesenen Orientierung der Regierungspolitik für Deutschland und Europa gearbeitet und gekämpft hatte, wird die zweite Regierungszeit von Rot-Grün eher von einem pragmatischen „Durchwursteln" angesichts mannigfaltiger Probleme geprägt sein.[2]

Die rechtspopulistische FPÖ wird nach dem Bruch ihrer Koalition mit der ÖVP wahrscheinlich an Wählerzuspruch verlieren. Doch ob SPÖ und Grüne in Österreich deshalb bei den vorgezogenen Nationalratswahlen im November 2002 eine eigene Mehrheit gewinnen werden, ist keineswegs sicher. Selbst wenn dies gelänge – ergäbe sich aus Schweden, Deutschland und Österreich schon eine europäische „Entwicklungslogik für eine neue Mitte-Links-Hegemonie"? Eine europäisch vereinheitlichende Vision wie jene vom „Dritten Weg" wird kaum mehr angesprochen. Schröder wählte

im bundesdeutschen Wahlkampf nicht von ungefähr die Formel vom „deutschen Weg". Die „ökologische Modernisierung" bleibt als Metapher recht blass und wird selbst vom verbleibenden Rest der Mitte-Links-Regierungen in der EU nicht allenthalben geteilt. [3]

Die einmalige Chance, das neoliberale „Europa von Maastricht" mit ihrer überwältigenden Mehrheit im Rat der EU seit 1998 entscheidend zu verändern, haben die europäische Sozialdemokratie und ihre Bündnispartner jedenfalls vergeigt. Als europäisches Modell ist Mitte-Links gescheitert, auf nationalstaatlicher Ebene kann es sich hier und da defensiv halten. Vom „Dritten Weg" und von der „neuen Mitte" hört man allerdings auffällig wenig. Ein Strategieangebot geht von den übrig gebliebenen Mitte-Links-Formationen nicht aus.

„Modernisierung" und Drang zur „Mitte": Die Linke schwächt ihre soziale Verankerung

Auch Tony Blairs zweiter Wahlsieg in Großbritannien im Jahr 2001 scheint dem allgemeinen Befund des Absturzes von Mitte-Links zu widersprechen. Im Gegensatz zu der Situation auf dem Kontinent hatte Margret Thatcher in Großbritannien bereits selbst alle neoliberalen Reformen rigoros umgesetzt. Blairs „New Deal" beinhaltet demgegenüber moderate soziale Verbesserungen. Die konservative Opposition wird wegen ihres oftmals bizarren Auftretens und ihrer nicht nur in Europafragen offen vernehmbaren internen Widersprüche nicht als ernsthafte Alternative angesehen. Die Wahl im Jahre 2001 wies die geringste Wahlbeteiligung seit 1918 auf. Recht lustlos erhielt New Labour so eine zweite Chance. Die Erwartungen an die Sanierung des Gesundheitswesens, der Schulen, der Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs sind hochgesteckt. Konflikte mit den Gewerkschaften verschärfen sich.

Bereits in Italien zeigte sich eine der Ursachen für den Niedergang der Linken: Gravierende programmatische Unterschiede zwischen Mitte-Links und Rechts waren kaum zu erkennen. Das Ulivo-Bündnis stellte den erfolgreichen Beitritt zur Eurozone als Hauptverdienst seiner Regierungsarbeit heraus. Berlusconis Rechtsblock als auch Rutellis Ulivo wollten die öffentliche Verwaltung verschlanken, den Privatisierungskurs fortführen, die Abschiebung von Ausländern erleichtern, den Arbeitsmarkt flexibilisieren und die Löhne mäßigen. Berlusconi trumpfte gegenüber dem Ulivo-Bündnis sogar mit großspurigen Versprechen auf, die Renten zu erhöhen, die Staatsschuld zu senken und große öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme aufzulegen. Gerechtfertigte Angriffe auf seine kriminellen Machenschaften als Medienzar und „Unternehmer" liefen ins Leere, weil die „Linke" kein alternatives Politikangebot präsentierte.[4] Das Rechtsbündnis gewann die Wahl deutlich. Die Linksdemokraten (DS) kamen mit 16.6 Prozent auf ihr schlechtestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte, weil sie die Arbeiterschicht nicht mehr erreichten und WählerInnen an ihre bürgerlichen Partner innerhalb des Ulivo verloren (Margherita-Liste, 14.5 Pro-

zent). Grüne (2.2 Prozent) und PDCI (1.7 Prozent) blieben marginale Kräfte.

Die *Rifondazione Communista* konnte sich außerhalb des Ulivo zwar mit 5 Prozent als Oppositionskraft behaupten. Eine Mehrheitsperspektive für die von ihrem Parteichef Fausto Bertinotti propagierte „plurale Linke" ist allerdings in weiter Ferne. Zudem hält das Ulivo-Bündnis auch in der Opposition auffallend Distanz zu zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen. Gegen Berlusconis Manipulationsvorhaben in der Medien- und Justizgesetzgebung gingen im Sommer und Herbst 2002 Hunderttausende für eine demokratische Justiz und plurale Medien auf die Strasse. An der Spitze dieser Bewegung stehen Kulturschaffende wie der Filmemacher Nanni Moretti, der Theaterautor Dario Fo oder der Publizist Flores D'Arcais. Der ehemalige Ulivo-Regierungschef D'Amato bezeichnete diese Form von Protest als einfältig. Und sein Vorgänger D'Alema von den Linksdemokraten warnte vor einem „Hang zum Jakobinertum", der der neuen Bewegung anhafte.[5]

Auch in Frankreich ergab sich am Ende ein ähnliches Bild wie in Italien. Die französische *Gauche Plurielle* (Sozialisten, Grüne, Kommunisten) hatte in den ersten Regierungsjahren deutlich andere Akzente gesetzt als die übrigen Mitte-Links-Regierungen in Europa: das Gesetz über die 35-Stundenwoche, das Jugendbeschäftigungsprogramm, mehr Mitsprache für Arbeitnehmervertretungen bei Umstrukturierungen von Konzernen. Sie galt vielen als die linke Alternative. Andererseits hatte die Regierung Jospin mehr Privatisierungen öffentlicher Unternehmen durchgeführt, als alle ihre konservativen und sozialdemokratischen Vorgängerregierungen zusammengenommen. Die zweite Hälfte ihrer Amtszeit unter Finanzminister Laurent Fabius bescherte einen Diskurs zu Steuersenkungen und Rentenreform, der dem neu-sozialdemokratischen Mainstream in der EU immer ähnlicher wurde. In den Präsidentschaftswahlkampf startete Lionel Jospin als Modernisierer, der auf die politische Mitte orientierte. Beide politischen Lager thematisierten zudem den Kampf gegen Kriminalität und Gewalt in den Vorstädten als vordringliche politische Aufgabe, was Le Pen einen dankbaren Resonanzboden verschaffte.

Die Folge: Das linke Lager schrumpfte und zerfranste zugleich. Ein Teil der sozialistischen Stammwählerschaft ging nicht zur Wahl, die Erosion der Kommunistischen Partei beschleunigte sich. Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechen und Forderungen nach einer sozialeren Politik bündelten sich in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Proteststimmen für die extreme Linke und verpufften schließlich bei der Parlamentswahl. Das sogenannte „französische Erdbeben" – und der spätere Wahlsieg Chiracs als dessen Folge – fand seinen Ausdruck in dieser Implosion der Linken, und keineswegs im Stimmenzuwachs von 2 Prozent für Le Pen im ersten Durchgang.[6]

Bemerkenswert ist der Rechtsruck in den „Jobwunderländern" Dänemark und den Niederlanden. Beide Länder wurden von Mitte-Links-Strategen als Vorbilder einer neuen Wirtschaftspolitik betrachtet. Modellhaft

erschien die angeblich gelungene Verbindung zwischen effizienten Märkten, hoch flexibilisierter Arbeit und einem aktivierenden Sozialstaat. Als besonderes Plus galt, dass der dafür nötige Umbau des Wohlfahrtsstaats im Konsens zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften erfolgt war.[7] Dänemark wurde bis zur Wahl im November 2001 von einer Mitte-Links-Koalition aus Sozialdemokraten und Linksliberalen regiert, die von der Sozialistischen Volkspartei und der Rot-Grünen Einheitsliste toleriert wurde. In den Niederlanden regierte bis zur Wahl im Mai 2002 eine sozialliberale Koalition aus PvdA, VVD und D66. In Dänemark war es gelungen, innerhalb von vier Jahren die offizielle Arbeitslosenzahl zu halbieren. Die Niederlande hatten seit Ende der 90er Jahre in den Augen der Europäischen Kommission nahezu „Vollbeschäftigung" erreicht. Auf den ersten Blick also eine beeindruckende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Erfolgsbilanz von Mitte-Links, die eigentlich zur glänzenden Wiederwahl hätte führen müssen.

Vor dem Hintergrund einer lahmenden Konjunktur entfachte schließlich allein die *Aussicht* auf sozialen und wirtschaftlichen Abstieg in beiden Ländern eine wahre Massenhysterie. Sie richtete sich gegen alle, die sowohl auf dem hochflexiblen Arbeitsmarkt als auch im Kampf um die geschrumpften Sozialetats potenzielle Konkurrenten sein könnten: Immigranten, Arme, Arbeitslose. Wirtschaftliche Unsicherheit, soziale Abstiegsängste und das Aufbrechen der „Tabus der Konsensdemokratie" (Ausländerfrage, Kriminalität und innere Sicherheit) gaben den rechtspopulistischen Formationen einen deutlichen Schub. Ihr Motto: Für alle reicht es nicht! Ein soziales Netz soll in Zukunft nur noch für die „hart arbeitenden Bürger" aufrechterhalten werden, die dem traditionellen Wertekanon von Pflicht, Hierarchie und Gehorsam sowie den Leistungsgesetzen des Marktes rechtschaffen folgen. Dieses Klima der Hysterie nährte wiederum den Umschwung zu den bürgerlichen Rechtsparteien. Bittere Ironie: die Sozialdemokratie der ökonomisch und beschäftigungspolitisch erfolgreichsten Länder stürzte am härtesten ab. Die niederländische PvdA verlor nahezu die Hälfte ihrer vormaligen WählerInnen und landete mit 15.1 Prozent der Stimmen noch hinter Rechtspopulisten und Rechtsliberalen.

Mitte-Links löst seine zentralen Versprechen nicht ein

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre erschien „Mitte-Links" als das überlegene Modell zur Herstellung gesellschaftlichen Konsens für bürgerliche Politik. Clintons *New Democrats* und viele europäische Sozialdemokraten versprachen, effiziente Märkte und soziale Sicherheit seien auf neue Weise kombinierbar. Der fast 10 Jahre dauernde Boom der US-Wirtschaft, der auch die europäische Wirtschaft ein Stück weit mitzog, schien rosige Perspektiven für eine gemäßigte soziale Zügelung der neoliberalen Globalisierung zu verheißen. Mitte-Links war insofern eine Formation für eine wirtschaftliche Schönwetterperiode. Der beschleunigte Abstieg kam, als dem US-Boom ab März 2000 die Luft ausging und die Weltwirtschaft im

folgenden Jahr in eine Rezession abglitt. Seine beiden zentralen Versprechen in Europa konnte Mitte-Links nicht halten: *Erstens* jenes vom *„Kurs auf Vollbeschäftigung"* durch starkes europäisches Wirtschaftswachstum und einen Strukturwandel zur New Economy und *zweitens* dasjenige von der *„sozialen Sicherheit im Wandel"*.

Der Traum vom Übergang zu einer New Economy – boomende Börsen, effiziente Güter-, Kapital- und Dienstleistungsmärkte, Aufbruch ins „Informationszeitalter" – zerplatzte wie eine Seifenblase. Die internationalen Wertpapiermärkte erlebten seit dem Höhepunkt des Booms einen „Crash auf Raten", der sich 2002 in einer neuen Runde fortsetzt. Die Hoffnungen auf die „Internet-Ökonomie" als Jobknüller materialisierten sich nicht. Vielmehr sind die Telekom-, IT- und Medienbranche selbst vielfach zum Sanierungs- und Restrukturierungsfall geworden. Die großen Privatisierungsprogramme (Post, Bahn, Telekom) haben kurzfristig Gewinne, längerfristig aber Personal- und Versorgungsabbau gebracht. Eine schnelle Rückkehr zu Wachstumsraten von 3 Prozent ist für die EU ebenso unwahrscheinlich wie ein traditioneller, exportgestützter Aufschwung.[8] Die leichte Erholung auf den Arbeitsmärkten der EU kam 2001 zum Stillstand, in manchen Ländern steigt die Zahl der offiziell gemeldeten Erwerbslosen wieder. Das Konzept *„Vollbeschäftigungskurs durch europäisches Wirtschaftswachstum"* ist nicht aufgegangen. Gegen die Rezession hatte Mitte-Links allerdings keinerlei Rezepte im Angebot. Man war ratlos, wie es überhaupt zu einem Wirtschaftseinbruch hatte kommen können, und glaubte so fest an eine „baldige Konjunkturerholung zum Jahresende" wie an den Sonnenschein nach dem Regen.

Das zweite zentrale Versprechen, *„Sicherheit im Wandel"*, sollte durch einen *„aktivierenden Sozialstaat"* in die Praxis umgesetzt werden. Doch auch unter Mitte-Links blieben die sozialen Minima (z.B. Sozialhilfe in Deutschland, RMI in Frankreich etc.) auf einem Niveau deutlich unter der Armutsschwelle von 50 oder 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens pro Kopf eingefroren. Die Einkommen aus der sozialen Basissicherung lagen Ende der 90er Jahre in Großbritannien bei 18 Prozent, in Portugal bei 22 Prozent, in Frankreich bei 27 Prozent, in Belgien bei 34 Prozent und in Deutschland bei 33 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens.

Im unteren bis hinein in den mittleren Bereich der europäischen Arbeitsmärkte fanden viele fast nur noch einen Zugang über „besondere Beschäftigungsformen": Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, geringfügige Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit. Der „aktivierende Sozialstaat" der Neu-Sozialdemokraten verschärfte nun den Konkurrenzdruck in diesen Arbeitsmarktsegmenten für Beschäftigte und Arbeitssuchende gleichermaßen. Wer nicht bereit war, auch niedrig entlohnte oder qualifikatorisch perspektivlose Arbeitsangebote anzunehmen, musste drastische Leistungskürzungen hinnehmen *(Fördern und Fordern; Welfare to Work)*. Zur Erfahrung schrumpfender sozialer Sicherheit gesellten sich Bedrohungsängste angesichts des sozialen Verfalls in den vernachlässigten Wohngebieten.

Angesichts dieser Situation und der spürbaren Auswirkungen flexibilisierter Arbeitsmärkte im Alltag wurde der frohen Botschaft von der *Sicherheit im Wandel* in den unteren Einkommensschichten immer weniger Glauben geschenkt. Das Versprechen wachsender Märkte und stabiler Verhältnisse für die Leistungsträger der „Modernisierung" – vom Multimediafreak über den Ingenieur bis runter zum qualifizierten Facharbeiter – hat sich angesichts der weltweiten Rezession dann ebenfalls verflüchtigt. Die Folge: Traditionelle Stammwähler aus den Unterschichten flohen in die Wahlenthaltung oder zu den Rechtspopulisten, die sozialdemokratische „neue Mitte" löste sich auf und zerstob in alle Richtungen. Der autoritäre Duktus der neuen Sozialdemokratie – die Selbststilisierung als hemdsärmelige Macher, die „Faulenzern" und „Sozialbetrügern" Beine machen, die für Recht und Ordnung sorgen und ausufernde Zuwanderung begrenzen – hatte selbst die Lunte gelegt, die Konservative und Rechtspopulisten dann zünden konnten.

Es geht um ein neues politisches Projekt

Im Unterschied zur alten Mitte-Links-Mehrheit verfügt die neue Mehrheit rechter Regierungen noch über kein gemeinsames politisches Projekt für die Europäische Union. Die verbleibende Mitte-Links-Minderheit – Großbritannien, Deutschland, Schweden, Griechenland, evtl. Belgien und Finnland – ist in ihren außen- wie sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen heterogener geworden. Ein gewisser Minimalkonsens zwischen „Rechts" und „Mitte-Links" in der EU zeichnet sich ab: Ausbau von Elementen *repressiver europäischer Staatlichkeit* (Militärunion, Polizeiunion, Zuwanderungsbegrenzung) und *fortgesetzte Marktliberalisierung* in einer erweiterten Europäischen Union. Tony Blair forderte bereits zum EU-Gipfel in Barcelona im März 2002 in gemeinsamen Papieren mit Berlusconi und Aznar einen entschiedeneren Kurs zur Liberalisierung und Deregulierung des EU-Binnenmarkts und zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Nur so könne neue wirtschaftliche Dynamik erzeugt werden, die zur Vollbeschäftigung führe. Beim EU-Gipfel von Sevilla im Juni 2002 war man sich dann schnell über Maßnahmenpakete einig, um die Festung Europa für Flüchtlinge noch unerreichbarer zu machen und illegale Einwanderer leichter auszuweisen.

Ansonsten lautet die Parole: *Weniger Europa!* Insbesondere die Diskussion um die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten im Zuge der Debatte zur Vertragsreform 2004 zielt vielfach auf eine Renationalisierung von Zuständigkeiten. Eine neue Phase der „Eurosklerose" könnte beginnen. Die Flaute bei der Vertiefung der europäischen Integration von den 70er bis Mitte der 80er Jahre und die teilweise Renationalisierung der Politik waren für die damalige EG verkraftbar, weil es „nur" um eine Wirtschaftsgemeinschaft ging. Ob jedoch der Euro ohne die Politische Union Europas auf Dauer lebensfähig ist und ob das tiefe Wohlstandsgefälle in einer nach Osten erweiterten EU mit der Entfesselung von Marktkräften

überwunden werden kann, erscheint fraglich. Insofern steht für die Zukunft der europäischen Integration einiges auf dem Spiel.

Das *„soziale Europa"* – einst gemeinsamer Schlachtruf von Sozialdemokraten und Gewerkschaften – erscheint hingegen ferner denn je. Hinter dieser Formel steht die Schlüsselfrage nach einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption, die eine Alternative zu neoliberalen Krisenlösungen darstellen könnte. Die reale Politik der Mitte-Links-Bündnisse auf nationaler wie auf europäischer Ebene hat diesbezüglich tiefe Enttäuschung und Ernüchterung hinterlassen. Die Sozialdemokratie – ob noch an der Regierung oder nun in der Opposition – hat nach ihrem bitteren Hegemonieverlust in Europa möglicherweise einige grundsätzliche Debatten vor sich. Einige Komponenten bemühen zwar wieder eine vordergründige Rhetorik sozialer Gerechtigkeit. Aber auch eine Wende zu einem konsequenteren und verschärften neoliberalen Modernisierungskurs erscheint nicht ausgeschlossen. [9]

Die grünen Parteien in Europa haben – mit Ausnahme Frankreichs – ihre Position mehr oder weniger gehalten. Seit sie politische Ökologie technokratisch zur ökologischen Modernisierung umgedeutet haben, ist ihre Politik mit dem neusozialdemokratischen Dritten Weg kompatibel geworden. Sie stehen weiterhin als öko- oder sozialliberale Funktionsparteien für Mitte-Links-Bündnisse bereit. Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland begreifen sich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gar als neoliberales Korrektiv der SPD – in ihrer Diktion sind sie „Reformmotor" für größere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, flexible Arbeitsmärkte und teilprivatisierte soziale Sicherungssysteme.

Die Postkommunisten wiederum befanden sich in den 90er Jahren in einer permanenten Identitätskrise. Deren Pole lauteten: Trauerarbeit und Neuorientierung nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus", versuchte Aneignung des Reformismus und der sozialen Schutzfunktion der „alten Sozialdemokratie" und Ausflüge zu einem antagonistischen Anti-Kapitalismus an der Seite globalisierungskritischer sozialer Bewegungen und militanter Gewerkschafter. Sie haben fast überall schwer Federn gelassen – ob als Regierungslinke in Mitte-Links-Bündnissen (Italien, Frankreich, Dänemark, Schweden) oder in der Opposition (Spanien, Portugal, Deutschland). Nur in der Variante einer „antagonistischen Opposition von unten" gegen Mitte-Links wie Rechts konnten Formationen wie die Sozialistische Partei der Niederlande, die extreme Linke in Frankreich oder Rifondazione Communista in Italien teils wachsen, teils sich stabilisieren. Wo die Frage der Einheit der Linken und konkrete programmatische Alternativen gegen Rechts im Vordergrund standen, offenbarten sich aber auch die Schwächen dieses Modells. Der Absturz der zersplitterten trotzkistischen Linken in Frankreich von 10 Prozent bei der Präsidentschaftswahl auf 3 Prozent bei der Parlamentswahl ist dafür ein deutlicher Hinweis. Für die postkommunistischen Formationen ist tendenziell die Existenzfrage gestellt – sie verfügen derzeit weder über ein eigenständiges politisches Projekt der gesellschaftlichen Veränderung noch über eine Vorstellung von

einem „Subjekt“ (die „industrielle Arbeiterklasse“? das „Volk von Seattle“?), das dieses Projekt vorantreiben sollte.

Im außerparlamentarischen Bereich haben sich gewerkschaftliche Massenmobilisierungen gegen den Abbau sozialer Rechte und sozialstaatlicher Sicherungssysteme (Generalstreiks in Italien, Spanien und Griechenland) sowie gegen Privatisierungen (Großbritannien) entwickelt. Allerdings handelt es sich dabei in erster Linie um Abwehrkämpfe gegen Vorhaben der jeweiligen Regierungen. In der Diskussion um Alternativen – siehe etwa die Vorschläge Sergio Cofferatis in Italien – wird im wesentlichen auf Elemente der gescheiterten Lissabon-Strategie der EU und des Delors-Weißbuch von 1993 zurückgegriffen. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund kann seine Forderung nach einem „sozialen Europa“ nicht mit einer konkreteren wirtschaftspolitischen Konzeption unterfüttern. Selbst zerrissen zwischen sozialem Widerstand und Einbindung in einen modernistischen Wettbewerbskorporatismus, fehlt den Gewerkschaften bis heute eine autonome politische Perspektive, die über vereinzelte Anleihen aus dem sozialdemokratischen Strategie-Inventar hinausgeht. Ohne eigenständige programmatisch-politische wie praktische Vorstöße der Gewerkschaften wird es zudem kaum gelingen, überhaupt eine Diskussion über einen Richtungswechsel innerhalb der Sozialdemokratie in Gang zu bringen.

Globalisierungskritische Bewegungen haben in Genua 2001 und zum EU-Gipfel von Barcelona 2002 Mobilisierungen von einigen Hunderttausenden organisiert. Der gemeinsame Nenner ist der Protest gegen neoliberale Politik und ein anklagender Anti-Kapitalismus. Was z.B. mit dem von ATTAC und anderen proklamierten Ziel eines „anderen Europa in einer anderen Welt“ konkret gemeint ist, bleibt undeutlich. Umstritten ist auch, ob es überhaupt progressive Perspektiven mit einem positiven Bezug zur europäischen Integration geben kann, oder ob linke Lösungen nicht prinzipiell eher im nationalstaatlichen oder regionalen Raum „gegen Europa“ gesucht werden müssen. [10]

Am Ende bleibt festzuhalten: Zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links gibt es zwar weiterhin Unterschiede in den Nuancierungen, aber kaum in der grundsätzlichen Entwicklungsrichtung ihrer Politik. Die „neoliberale Revolution“ wird von Sozialdemokraten und vielen Grünen als Grundlage akzeptiert, Wirtschafts- und Sozialreformen im bekannten Sinne fortzuführen. Eine dazu alternative Entwicklungslogik wird von den parteipolitischen Hauptakteuren derzeit mehrheitlich nicht angestrebt – ganz gleich, ob sich diese an der Regierung oder in der Opposition befinden. Für die Überwindung der Orientierungskrise der politischen Linken jenseits der neuen Sozialdemokratie, die der Scherbenhaufen von Mitte-Links hinterlassen hat, ist jedenfalls keine rasche Lösung zu erwarten. Protest und Mobilisierung gegen die Politik der Rechten in Europa könnten sich in Zukunft noch verbreitern. Was jedoch fehlt, ist ein ausstrahlungsfähiges politisches Projekt der Linken, das gesellschaftliche Mehrheiten erreichen und eine reale Machtperspektive für strukturelle Veränderungen eröffnen würde.[11]

Anmerkungen

1 Matuschek, Peter, 2002: Aznars Ambitionen. Die spanische Volkspartei und ihr europäischer Führungsanspruch, Blätter für dt. und internationale Politik 1/2002.

2 Das gute Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen ist übrigens zwei Faktoren geschuldet. Die „Flutwelle" brachte kurzfristig das Thema Klimakatastrophe wieder in die Medien und wertete die „Öko-Partei" damit auf. Entscheidender war m. E. aber, dass bereits recht früh ein Lagerwahlkampf rot-grün gegen schwarz-gelb geführt wurde. Rund ein Drittel der Zweitstimmen für Bündnis 90/Die Grünen kam so von sozialdemokratischen WählerInnen, die sowohl Stoiber als auch eine sozialliberale Koalition verhindern wollten. Die grüne Führung hatte diese Stimmungslage klar erkannt und professionell genutzt. Zur bisherigen Bilanz der rot-grünen Regierungspolitik siehe Dräger/Buntenbach/Kreutz 2000: Zukunftsfähigkeit und Teilhabe. Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte, Hamburg; sowie Eicker-Wolf (Hg.) 2002: Deutschland auf den Weg gebracht. Rot-Grüne Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit; Marburg.

3 In Finnland beschloss z.B. eine Parlamentsmehrheit im Sommer 2002, der Bau neuer Atomkraftwerke sei zur Gewährleistung einer ausreichenden nationalen Energieversorgung unverzichtbar. Die Grünen verließen daraufhin zwar die Regenbogenkoalition aus Sozialdemokraten, Konservativen und Linkspartei, doch das finnische Mitte-Links-Bündnis kann weiter regieren.

4 1996 hatte Ulivo die Wahl nur gewonnen, weil die Rechte nach dem Bruch von Bossis Lega Nord gespalten angetreten war. Zusammen genommen erzielten die rechten Parteien mehr Stimmen als „Mitte-Links", was sich wegen des Mehrheitswahlrechts jedoch nicht in Parlamentssitzen widerspiegelte. Nach dieser Niederlage hat die Rechte ihre Verankerung in der italienischen Gesellschaft systematisch und erfolgreich vorangetrieben. Siehe auch Christen, Christian, 2001: Italiens Modernisierung von Rechts, Berlin; Renner, Jens, 2002: Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer. Zürich.

5 D'Alema und D'Amato fordern die europäische Sozialdemokratie inzwischen auf, alle „Reformkräfte" jenseits der harten Rechten zusammenzufassen – also aus dem christdemokratischen, liberalen und grünen Spektrum (siehe FR vom 2.10.2002, „Wie die Linke aus der Ecke kommen will"). Dahinter steht offensichtlich die Idee, die „moderne Linke" in Europa möge sich am Vorbild der „Demokraten" der USA orientieren. Bei knappen Mehrheiten und wachsender Wahlabstinenz wechselt die Regierung dann halt mal zwischen „Rechten" und „Demokraten", je nachdem. Autonome Massenbewegungen und Mobilisierungen jeglicher Art stören dieses Geschäft nur.

6 Nimmt man das Ergebnis der ersten Runde zur Präsidentschaftswahl als ungefähren Indikator der tatsächlichen politischen Stimmungslage im Land, so ergibt sich zudem das Bild einer insgesamt blockierten und balkanisierten politischen Landschaft: Die bürgerliche Rechte (Chirac, Bayrou, Madelin) steht für etwa 31 – 36 Prozent der WählerInnen, die Gauche Plurielle (Jospin, Mamere, Hue) für 27- 32 Prozent, die extreme Rechte (Le Pen, Maigret) für knapp 20 und die extreme Linke (Laguiller, Besancenot) für 10 – 12 Prozent. Ein mehrheitsfähiges politisches Projekt für die französische Gesellschaft existiert nicht – weder auf der Linken noch auf der Rechten.

7 Zur komplexeren Wirklichkeit siehe Krätke, Michael, 2001: Mythen aus Polderland. Das niederländische Modell auf dem Prüfstand, Blätter für dt. und internationale Politik 1/2001

8 Eine Analyse der Ursachen der Rezession liefert Robert Brenner: Die weltwirtschaftliche Rezession beginnt: Eine Diagnose; in: Sozialismus 2, Februar 2002. Umfassender siehe Brenner, Robert, 2002: The Boom and the Bubble. The US in the World Economy, London.

9 Für die erste Variante werben verbal etwa die portugiesischen und belgischen Sozialisten. Die französische SP ist wieder in ihre diversen Strömungen gespalten. Tony Blair hat auf dem Parteitag von Blackpool im Oktober 2002 vehement auf die weitere Privatisierung öffentlicher Dienste orientiert. Rot-Grün in Deutschland wird an einer Mischung aus Sparpolitik und neoliberalen Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik festhalten.

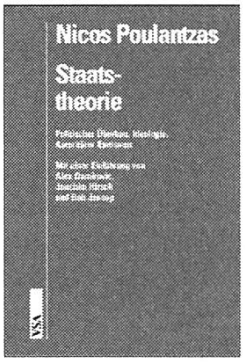
10 Mit dem Europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002 gibt es immerhin einen öffentlichen Diskursraum, um über eigene grundlegende und transnationale politische Lösungsansätze aus den sozialen Bewegungen zu debattieren.

11 Natürlich gibt es interessante Anregungen und sogar recht ausgereifte inhaltliche und strategische Konzepte auf dem Papier – als Beispiel sei die Nachhaltigkeitsstrategie des Projekts „Arbeit und Ökologie" der Hans-Böckler-Stiftung des DGB erwähnt (DIW/WZB/Wuppertal-Institut 2000: Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Abschlussbericht, Berlin und Wuppertal). Dieses Beispiel veranschaulicht jedoch auch die allgemeine Problematik: Für die Politikentwicklung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften spielt die vom Projekt *Arbeit und Ökologie* entwickelte Strategie und Konzeption keine wesentliche Rolle, eine breitere Diskussion auch im politischen Raum oder mit Bündnispartnern wie ATTAC und den Sozialverbänden wird nicht vorangetrieben – kurzum, das ganze Umfeld ist so auf „Tagespolitik" gepolt, dass eine ernsthafte Strategiediskussion keinen Raum hat. Womit die nächsten Niederlagen vorprogrammiert sind.

VSA: Linke Staatstheorie



176 Seiten
€ 15.50; sFr 27.80
ISBN 3-87975-858-1



296 Seiten
€ 18.00; sFr 32.10
ISBN 3-87975-857-3

J. Hirsch/Bob Jessop/
Nicos Poulantzas
Die Zukunft des Staates
De-Nationalisierung,
Internationalisierung,
Re-Nationalisierung
224 Seiten
€ 15.30 sFr 27.40
ISBN 3-87975-828-X

Nicos Poulantzas
(1936-1979)



Im Buchhandel
oder direkt bei:
VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6,
D-20099 Hamburg,
info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de